

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

181 (19.4.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Drei Mark monatlich 2,90 M
in voraus, im Verlag oder in den
Abteilungen abgeholt 2,50 M. Durch
die Post bezogen (einmal jährlich) mo-
natlich 2,10 M auswärts 42 M. Postgeb.
Einzelpreise: Verkaufsnummer 10 Pf.
Sonntags-, Nummer und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Am Sonntag höherer
Gewalt, Preis, Abänderung usw.
bei der Bestellung keine Ansprüche bei
verändertem oder nichterhaltenen der
Stellung. — Abbestellungen können nur
bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile
0,40 M. Stellen, Gesuche, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Neufame-Zeile
— M. an erster Stelle 2,50 M.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatte,
bei der Nichterhaltung des Abtes, bei
gerichtlicher Streitigkeit und bei Kon-
flikten außer Kraft tritt. Erklärungs-
an und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Badische Handels-Zeitung
Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Dienstag, den 19. April 1932.

Eigentum und Verlag von
: : Ferdinand Ziebarth : :
Besondere Verantwortliche: Für Politik:
A. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. H. Mayer; für badische Nachrichten:
L. S. Dr. D. Schenck; für kommunal-
politisch: G. Binder; für Lokales und Sport:
H. Goldammer; für das Ausland:
R. Löcher; für Ober- und Konzert:
Christ. Herff; für den Handelsteil:
Fritz Reib; für die Anzeigen: Ludwig
Reinold; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Meiser.
Fornspracher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 89 a. — Postcheckkonto: Karls-
ruhe Nr. 8858. — Bellen: Volk
und Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Heile- und Väter-Zeitung / Landwirtschaftl.
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Nur stufenweise Abrüstung.

Ein tschechischer Vorschlag in Genf. / Deutschland erkämpft ein Kompromiß.

Genf, 18. April. (Frankfurt.) Der Hauptausch der Ab-
rüstungskonferenz trat heute nach einer mehrtägigen Unter-
brechung unter dem Vorsitz von Henderson zu der Aufnahme
der jetzt einleitenden Verhandlungen über die grundsätzlichen Fragen.
Zusammen. Reichsanwalt Brüning und Staatssekretär Stim-
lon nahmen an der Sitzung nicht teil.
Als erster Redner verlas Botschafter Nadorin folgende
Erklärung zu der deutschen Forderung auf Herabsetzung
der Rüstungen:
In der gegenwärtigen Lage muß jetzt ein entscheidender Schritt
in der Richtung der Herabsetzung der Rüstungen gemacht
werden. Seit Jahren haben die Vertreter Deutschlands nicht ausge-
hört, in der Vollerklärung und im vorbereitenden Abrüstungs-
ausch zu erklären, daß eine bedeutungsvolle Abrüstung oder eine
Scheinabrüstung oder auch eine Stabilisierung der Rüstungen auf der
augenblicklichen Höhe in keiner Weise als eine Durchführung der
Aufgaben der gegenwärtigen Konferenz angesehen werden kann.
Eine derartige Lösung würde im Gegensatz zu dem Geiste und Buch-
staben des Artikels 8 des Völkerbundespatentes stehen. Um gewisse
Mißverständnisse zu zerstreuen, ist es notwendig, zu betonen, daß
die Herabsetzung der Rüstungen selbstverständlich nicht in einer
mechanischen Weise auf Staaten angewandt werden kann, die aus
irgendwelchen Gründen eine Armee besitzen, die nicht einmal das
irgendwelche des Völkerbundespatentes festgelegte Mindestmaß erreicht.
Im Geiste des Völkerbundespatentes muß die Herabsetzung
der Rüstungen jetzt eine entscheidende und bedeutungs-
volle Herabsetzung sein.

Der Entschließungsentwurf wird am Dienstag vormittag im
Hauptausch zweifellos ohne weitere Aussprache angenommen
werden, da sämtliche maßgebenden Mächte im Sonderausch ver-
treten waren. Mit dieser Entscheidung hat sich nunmehr die Ab-
rüstungskonferenz auf die stufenweise Durchführung der Ab-
rüstung festgelegt, hat aber gleichzeitig bestimmt, daß der erste
Abschnitt ein entscheidender Schritt in der Richtung
einer Herabsetzung der Rüstungen auf das Mindestmaß darstellen
muß. Zwangsläufig wird es sich daher in den weiteren Verhand-
lungen der Abrüstungskonferenz um die Frage handeln, in welcher
Weise der erste entscheidende Abschnitt zur Herabsetzung der Rüstungen
auf ein Mindestmaß durchgeführt werden soll. Der Entwurf stellt
die erste praktische Entschließung der Abrüstungskon-
ferenz dar. Er besagt zweifellos große Tragweite.

Brünings Besprechungen.

M. Genf, 18. April. Reichsanwalt Brüning stattete am
Montag nachmittag dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Hen-
derson einen Besuch ab. Anschließend empfing er den italienischen
Außenminister Grandi. Wie von italienischer Seite mitgeteilt
wird, legte Grandi besonderen Wert auf eine deutsch-italienische
Verständigung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Dona-
frage. Er betonte, daß in den bisherigen Verhandlungen be-
sonders in London weitgehende sachliche Übereinstimmung in der
Auffassung der beiden Regierungen zu verzeichnen gewesen sei. So-
wohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Interessen der
beiden Länder in der Donafrage stimmten in hohem Maße überein.
In der längeren Unterredung, die der Reichsanwalt am Vormittag
mit dem englischen Außenminister Simon hatte, sollen vornehmlich
Tribut- und Abrüstungsfragen zur Sprache gekommen sein.

Nach Auffassung einzelner Abordnungen kann das Ziel des Artikels
8 nicht auf einmal, sondern nur stufenweise erreicht werden. Die
deutsche Abordnung zieht jedoch unter allen Umständen vor, daß
sich die Abrüstungskonferenz auf ein einziges Abrüstungsab-
kommen einigt. Wenn man jedoch eine stufenweise Abrüstung
vorzieht, so ist es nach deutscher Auffassung notwendig, nicht nur
die erste Etappe der Herabsetzung festzulegen, sondern auch die der
weiteren Etappen und das endgültige Ziel. In jedem Falle müssen
die einzelnen Etappen so kurz wie möglich sein. Vor allem müsse die
erste Etappe eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen mit sich
bringen. Die Entwarnung Deutschlands zeigt, bis zu welchem Grade
ein Staat in sehr kurzer Frist abgerüstet werden kann.

Von dem deutschen Beispiel kann man sich jetzt leiten lassen.
Die deutsche Abordnung vertritt die Auffassung, daß der Artikel 8
des Völkerbundespatentes die einzig wahre Grundlage für die Methode
der Herabsetzung der Rüstungen bildet und ist. In diesem Sinne
Grundlage nicht zu verlassen. Aus diesem Grunde glaubt Deutsch-
land einen rein mechanischen Grundgedanken der Rüstungen, wie er in
den sowjetrussischen Vorschlägen dargelegt ist, nicht annehmen zu
können.
Zum Schluß erklärte Nadorin zusammenfassend: Deutschland
erachtet es für notwendig, den Gedanken einer einfachen Be-
schränkung der Rüstungen auszusprechen und sieht es als uner-
wünscht an, mit aller Energie die Rüstungen auf das mindestmögliche
Maß herabzusetzen. Sobald diese Herabsetzung beschlossen ist,
muß die Durchführung in einer möglichst kurzen Frist durchgeführt
werden. Die Methode für die Durchführung dieses Beschlusses wird
nach deutscher Auffassung vom Artikel 8 des Völkerbundespatentes
bestimmt, nach dem den besonderen Bedingungen der einzelnen
Staaten Rechnung getragen werden muß. Die Festsetzung der
Rüstungsziffern der einzelnen Staaten muß nach möglichst einfacher
Methode durchgeführt werden.

Nach der Erklärung Nadorins entspann sich
eine ausgedehnte Aussprache.
Über den von der tschechoslowakischen Abordnung mit Unterstützung
der dänischen, spanischen, norwegischen, estländischen und uru-
guayanischen Abordnungen eingebrachten Antrag, nach dem die Kon-
ferenz sich endgültig auf den Grundgedanken der stufenweisen Herab-
setzung der Rüstungen festlegen soll. Der Vertreter der
tschechoslowakischen Abordnung hob hervor, daß unter den gegenwärtigen politi-
schen Bedingungen eine sofortige allgemeine Lösung unmöglich sei.
Der tschechoslowakische Vorschlag fand sofort die vorbehaltlose
Unterstützung der Vertreter von Frankreich und Polen.

Botschafter Nadorin
machte jedoch einige Bedenken geltend und betonte, daß der tschecho-
slowakische Vorschlag nur in sehr diskreter Weise der deutschen
Tabelle Rechnung trage und zunächst von einem engeren Ausschuss
geprüft werden müsse. Ebenso übte Außenminister Litwinow
Kritik. Der Grundgedanke der stufenweisen Herabsetzung der Rüstungen
fand — wenn auch in vorsichtiger Form — die Unterstützung des
schwedischen und holländischen Außenministers sowie der
Vertreter Belgiens und Japans. Der italienische Außenminister
Grandi schloß sich gleichfalls dem Grundgedanken der stufenweisen Ab-
rüstung an. Auf Vorschlag Hendersons wurde dann ein
Sonderausch eingeleitet, dessen Leitung in die Hände von Benech
und Politis gelegt ist.

Das Kompromiß.

Nach schwierigen, geheimen Verhandlungen hat am Montag
abend der eingeleitete Ausschuss einstimmig folgenden Entschließungs-
entwurf angenommen:
„Der Hauptausch der Abrüstungskonferenz vertritt die Auf-
fassung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie in dem Arti-
kel 8 des Völkerbundespatentes vorgegeben ist, fortsetzend durch
aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durch-
zuführen ist, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten ent-
scheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herab-
setzung der Rüstungen auf das mindestmögliche
Maß verwirklicht hat.“
Die Abänderung des ursprünglichen tschechoslowakischen An-
trages, in dem von einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen
überhaupt nicht die Rede war, erfolgte auf Grund eines amerika-
nischen Antrages, der von deutscher Seite angenommen und ergänzt
wurde. Insbesondere wurden von deutscher Seite die Worte „ent-
scheidenden Abschnitt“ und „mindestmögliches Maß“ verlangt.

Für wirkliche Abrüstung.

Die Haltung der Amerikaner und Engländer.

S. London, 18. April. (Sig. Drahtbericht der Badischen Presse.)
Stimons Besuch in Paris hat einige Verwirrung in den
angelsächsischen Ländern angerichtet. Der amerikanische Staats-
sekretär hat sich bemüht, die französische Angst zu zerstreuen, daß
der amerikanische Abrüstungsplan auf eine Isolierung Frankreichs
abziele. Lord Tyrrell hat Tardieu eine ähnliche Erklärung ab-
gegeben. Diese Schritte, die natürlich die natürlichen der diplomatischen
Diplomatie gebührend ausgenutzt worden sind, haben den Eindruck
erweckt, als ob die amerikanischen und englischen Abrüstungsvor-
schläge nicht ganz ernst gemeint seien. Diese Ansicht ist falsch.
Wie wir hören, wird der englische Ministerpräsident Mac-
donald in Genf einen spezifizierten Abrüstungsplan vorlegen,
der sich durchaus auf der Linie der bisherigen englischen und ameri-
kanischen Vorschläge bewegt. In englischen Kreisen ist man ferner
davon überzeugt, daß auch Stimons unbekannt um französische
Mandats in Genf mit aller Kraft auf den Beginn einer wirk-
lichen Abrüstung drängen wird. Der neue amerikanische Bot-
schafter in London, Mellon, hat in Privatgesprächen nochmals
klar und bündig erklärt, daß irgend eine Diskussion über die Be-
mühungen der Streichung oder Verminderung der alliierten Kriegs-
schulden unmöglich sei, so lange erstens Europa sich nicht über die
Reparationsfrage einigen könne, und zweitens die europäischen
Staaten Ansummen für Rüstungen ausgeben würden. Mellon hat
allerdings gleichzeitig auch durchblicken lassen, daß angesichts der
bestehenden amerikanischen Präsidentenwahlen und der katastro-
phalen Budgetlage eine nahezu einmütige Front aller politischen
Gruppen in Amerika gegen eine Diskussion der Kriegsschulden-
frage in der nächsten Zeit bestehe. Man hofft aber hier, daß gerade
das gewaltige Defizit Washington milder stimmen könnte, falls ein
Erfolg der Abrüstungskonferenz die Herabsetzung auch der ameri-
kanischen Ausgaben für Heer und Flotte ermögliche. Die psycholo-
gischen Voraussetzungen für eine fruchtbare Diskussion in Genf sind
also gegeben.

Der Reichsinnenminister prüft Sindenburg-Brief und Groener-Artikel.

Sindenburg-Brief und Groener-Artikel.

m. Berlin, 18. April. (Drahtm. unserer Berliner Schriftstg.)
Der Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnen-
minister Groener vom Samstag vormittag und die Begründung,
die Herr Groener am Samstag abend öffentlich seinem Eintreten für
das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gegeben
hatte, stehen nach wie vor im Mittelpunkt des politischen Interesses.
Es ist offenbar nicht anständig, zwischen dem Brief und dem Groener-
Artikel einen inneren Zusammenhang zu konstruieren. Groener hat
von dem Schreiben des Reichspräsidenten vorher nichts gewußt und
hatte seinen Artikel fertiggestellt, ehe er diesen Brief erhielt. Der
Reichsinnenminister hat aus dem Bestehen der Privatarmeen Ge-
fahr für die Staatsautorität befürchtet, der Reichswehrminister
Groener hat die Möglichkeiten, die in diesen Organisationen zur
körperlichen Erziehung der Jugendlichen liegen, begrüßt und zu-
nächst auch unterstützt. Daher ursprünglich der Gedanke eines Um-
baues aller dieser Organisationen. Dieser Gedanke ist aber dann
fallen gelassen worden. Groener hat wegen der bekannten und von
dem preußischen Ministerpräsidenten angebotenen Bedenken dem
Reichspräsidenten den Vorschlag des Verbotes unterbreitet. Er hat
allerdings die Notwendigkeit der gleichen Maßregel auch für den
entsprechenden Apparat des Reichsbanners nicht anerkannt.

Zu welcher Entscheidung Herr Groener bei der Prüfung
des ihm vom Reichspräsidenten zugeleiteten Materials kommt, wird
sich vermutlich nicht sehr rasch herausstellen, weil wahrscheinlich
Rückfragen bei einzelnen Länderregierungen notwendig sind. Das
eine scheint aber sicher, daß die Verpöndelung des Reichswehrmini-
steriums mit dem Reichsinnenministerium sich jetzt als unhaltbar
ergeigt hat, und daß, wenn Herr Brüning im Mai an eine Refor-
mation seines Kabinetts geht, diese Verbindung wieder gelöst
werden muß. Neuerdings spricht man davon, daß Herr Groener dann
aus dem Reichswehrministerium ausscheiden und das Reichs-
innenministerium behalten würde. Da aber der Reichs-
kanzler die ganze Woche hindurch noch in Genf festgehalten wird,
läßt sich über die Auswirkungen der Ereignisse auf die innenpolitische
Entwicklung zur Zeit noch gar nichts sagen.

Was plant Groener?

m. Berlin, 18. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Der Reichsinnenminister Groener hat sich in dem Arti-
kel, mit dem er das Verbot der nationalsozialistischen Kampforganisa-
tionen begründete, dazu bekundet, daß es sein Ideal wäre, die
gesamte deutsche Jugend in Sportverbände zu-
sammenzufassen und hat bereits für die nächste Zeit entspre-
chende Maßregeln in Aussicht gestellt. So weit wir wissen, hat sich
auch das Kabinett mit dieser Frage beschäftigt und die Vorschläge
Groeners zur Kenntnis genommen, hat sich aber endgültig noch nicht
darauf festgelegt, in welcher Form die Anregung greifbare Gestalt
annehmen soll. Der Gedanke selbst ist ja schon alt. Immer wieder
sind Verjude gemacht worden, als Erfolg für die Wehrpflicht Lebens-
läufe für die Jugend einzuführen. Auch Herr Dr. Wirth hat sich als
Innenminister darum bemüht, aber die Erfolge sind nicht sehr nach-
haltig gewesen, weil die Parteipolitik den Willen lähmte. Heute,
wo ein großer Teil der Jugendlichen erwerbslos ist, ist der Zwang
zu einer solchen nationalen Erziehungsarbeit noch stärker als früher,
denn die Gefahr besteht, daß die Jugend das Arbeiten verlernt. Dar-
über hinaus aber sind die jugendlichen Jahrgänge begrifflicherweise
der hauptsächlichste Nährstoff der allgemeinen Unzufriedenheit. Herr
Groener scheint sich das so vorzustellen, daß er — statt des ursprüng-
lich geplanten Umbaus — eine Dachorganisation schafft,

die alle jugendlichen Sportverbände zusammenfaßt. Er hat für die
Leitung auch bereits eine bestimmte Persönlichkeit in Aussicht ge-
nommen, die zur Zeit an der Spitze des Jungdeutscherbundes
steht. Wöllig unklar aber ist dabei noch, wie die parteipolitische Neu-
tralität erreicht werden soll.
Ebenso unübersichtlich ist noch das Programm, nach dem die
Erziehung selbst durchgeführt werden soll. Der Reichswehrminister
und mit ihm zahlreiche Mitglieder des Kabinetts gehen davon aus,
daß eine brauchbare Lösung nur erzielt werden kann, wenn man
die Wehr-Erziehung gleichzeitig in irgendeiner Form mit dem frei-
willigen Arbeitsdienst verknüpft. Voraussetzung dafür ist auch
gleichzeitig ein Arbeitsprogramm, das diese Dienstpflicht für
die gesamte Volkswirtschaft sich nützlich auswirken läßt, ohne den
ohnehin schon beschränkten Raum der bezahlten Arbeit zu verringern,
wobei auch der Finanzminister ein gewichtiges Wort mitzureden hat.
Daraus ergibt sich wieder, daß eine Lösung nur gefunden werden
kann, im Zusammenhang mit der Aufstellung des neuen Staats,
daß also auch diese Sorge bei der Aufstellung eines großen Wirt-
schaftsprogramms, das nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf in
Angriff genommen werden soll und seinen Niederschlag in neuen
Notverordnungen finden wird, eine große Rolle spielen würde.

Devisenverluste der Reichsbank.

m. Berlin, 18. April. (Drahtm. unserer Berliner Schriftstg.)
Die Reichsbank hatte am 15. März den letzten größeren De-
visenverlust mit 17,8 Millionen Mark zu verzeichnen. Es trat
dann ein mehrwöchentlicher Stillstand ein. In der zweiten April-
woche hat die Reichsbank nicht weniger als 33 Millionen an Gold
und Devisen eingebüßt. Damit ist die Dedung von 25 v. H. auf 24
v. H. heruntergegangen. Im Besitze der Reichsbank befinden sich so-
mit noch Gold und bedungsfähige Devisen im Werte von 987,8 Mil-
lionen Mark. Die Milliardengrenze ist also unterschritten. Die Ur-
sache hierfür ist in dem Zinsendenk für die Auslands-
anleihe, vor allem auch für die Young-Anleihe zu suchen. Wenn
es uns gelungen wäre, ein Stillhalteabkommen herbeizuführen, das
uns vorläufig von der Zinszahlung befreit, dann ließe sich eine
Stärkung des Gold- und Devisenpolsters herbeiführen, zumal die
Ablieferungsbestimmungen für Devisen außerordentlich streng ge-
handhabt werden. Vielleicht wäre es dann aber auch möglich gewesen,
Währungs der ausländischen Wirtschaft, die mit uns im Barverkehr
steht, Rechnung zu tragen. So lange wir jedoch immer wieder nam-
hafte Beträge für Zinszahlungen transferieren müssen, müs-
sen wir an der strengen Kontingentierung in der Devisenabgabe
festhalten, die in den letzten Monaten empfindlich gedrosselt worden
ist. Die Bemühungen der Reichsbank um eine Senkung der Zinsen
sind bisher leider erfolglos geblieben. Seit sich die jetzt eingetretene
Entwicklung in verstärktem Tempo fort, dann werden neue Maß-
nahmen der Reichsregierung nicht zu umgehen sein, weil es gilt, den
Goldschlag der Reichsbank nicht nur im eigenen, sondern auch schon
im Interesse der ausländischen Gläubiger zu erhalten. (Siehe auch
im Handelsteil.)

Nationalsozialistische Anträge in Sessen.

M. Darmstadt, 18. April. Die nationalsozialistische Fraktion
hat einen Antrag auf Auflösung des hessischen Landes-
tags eingereicht, außerdem einen Antrag auf Zurückziehung der
Reichsverordnung über das Verbot der SA und SS, und einen
Antrag auf Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front.
Weiterhin einen Antrag auf Mißbilligung des Vorschlags des hessi-
schen Innenministers und seiner Polizeidirektoren bei Ausführung der
Reichsverordnung vom 13. April 1932. Diese Anträge sollen in der
morgigen Sitzung beraten werden.

Kampf um die Räumungsfrist.

* Genf, 18. April. (Kantsprach.) Der 19er Ausschuss der Völkervereinigung für den japanisch-chinesischen Konflikt ist unerwarteterweise vom Präsidenten Hymans zu einer Sitzung einberufen worden.

Ein engerer Redaktionsausschuss soll sich mit dem gemäßigten Ausschuss in Schanghai in Verbindung setzen, um zu erfahren, welchen Zeitpunkt dieser Ausschuss für die Zurückziehung der japanischen Truppen für geeignet hält.

Ungarische Vorwürfe gegen Deutschland.

U. Budapest, 18. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses warf Abg. Csahard (Oppositionelle Landwirtpartei) Deutschland vor, die Donaumärkte vernachlässigt zu haben.

Biel Aufwand im Sklarekprozess.

Magistratsmitglieder auf der Hintertreppe. U. Berlin, 18. April. Im Sklarekprozess wurde am Montag der sozialdemokratische frühere Berliner Bürgermeister Schneider vom Vorsitzenden erneut gefragt, ob er von den Sklareks einmal 5000 Mark erhalten habe.

Nach vor Schluß der Beweisaufnahme soll die Wahrsagerin Seidler wegen Kränklichkeit in ihrer Wohnung vernommen werden. Da der Schlaftraum, in dem sich Frau Seidler aufhält, nur für wenige Personen Platz bietet, soll für ihre Vernehmung eine Lausprechanlage aufgestellt werden.

Unterschlagungen bei der Sparkasse in Bremen.

Bremen, 18. April. Am Sonntag förderte eine unvermutete Revision der Kasse der Sparkasse in Bremen Unterschlagungen des seit dem Jahre 1916 bei der Kasse tätigen Kassierers Meyer zutage, die sich nach den bisherigen Feststellungen auf rund 100 000 RM. belaufen.

Kreuzers Helfershelfer werden entlarvt.

Stockholm, 18. April. Der große Sonderauschuss, den die Stockholmer Kriminalpolizei zur Untersuchung der Kreuzer-Vergewaltigung eingesetzt hat, begann heute seine Arbeit.

Die Abendpresse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien kategorisch erklärt, niemals Finanzbeziehungen zu Sozialdemokraten gehabt zu haben.

Die Stiftung des James Lick.

Astronomische Forschungsarbeiten an der Lick-Sternwarte in Kalifornien.

Von Professor Dr. Georg Struve, Universitäts-Sternwarte Berlin-Babelsberg.

Im Bestreben, die Geheimnisse des großen Universums zu entschlüsseln, bevorzugen heute die Astronomen bei ihren Forschungsarbeiten gern die weiten Gebiete der Fixsterne, Nebel und Sternhaufen mit Entfernungen, die nur noch in Lichtjahren oder Sternweiten ausgedrückt sind und die, in Kilometerzahlen umgewandelt, jedes menschliche Vorstellungsvermögen überschreiten.

Der so urteilt, verkennt vollkommen das eigentliche Wesen wissenschaftlicher Forschung im allgemeinen und der der Wissenschaft gestellten Aufgaben im besonderen. Eine reifliche Klärung und endgültige Beantwortung wissenschaftlicher Fragen gibt es nicht und wird es nie geben.

Während meines dortigen Aufenthalts wurden mir vom derzeitigen Direktor, Professor Litten, im ganzen 43 Beobachtungs-nächte am großen Refraktor für meine visuellen Beobachtungsreihen

unterschiedene Quittung über fünf Millionen Peseten gefunden worden sei, hat kein rlei amtliche Bestätigung gefunden.

Die Abendzeitungen berichten in großer Aufmachung aus London, daß die Morgangruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuzer-Konzerns kannte und wegen Kursverlustes einen Schadenserlass in Höhe von zehn Millionen Dollar forderte.

Devilenschieber in Lörrach verhaftet.

Lörrach, 18. April. Von den deutschen Grenzbehörden in Lörrach-Stetten wurde der Kaufmann Kahn aus Basel festgenommen, der drinend verdächtig ist, die Devilens- und Erbsenbestimmungen verlegt zu haben.

Gute Fortschritte der Rheinregulierung.

Kein Einfluß der Krise.

Der Geschäftsbericht des Rhein-Schiffahrtsverbandes Konstanz e.V. (Reinigung zur Förderung der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee) für 1931 weist darauf hin, daß die allgemeine Krise das normale Fortschreiten der in Gang befindlichen Kraftwerksbauten und die Vorbereitungen für den weiteren Ausbau am Oberrhein nicht zu beeinflussen vermochte.

Das Jahr 1931 bildet in der Entwicklungsgeschichte des Baller Rheinhafens einen Meilenstein. Bereits am 25. September 1931 (1930 am 17. November) wurde in Basel die millionente Tonne umgeschlagen. Das erste etwa 7 Kilometer lange Teilstück des elfastigen Seitenkanals zwischen Markt und Kembs steht vor seiner Vollendung.

Inzwischen sind die in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 auf der Strecke Kehl - Keim aufgenommenen Rheinregulierungsarbeiten weiter erfolgreich fortgeschritten; sie bringen etwa 1200 Arbeiter auf den drei Baustellen Beschäftigung.

Ueber die Kanalisierung Basel - Bodensee wird berichtet: Das Kraftwerk Ruppurg-Schwörstadt arbeitet vollständig. Die Konzeptionsverhandlungen über das Kraftwerk Säckingen sind im Gange und die Entwürfe für die Kraftwerksbauten sind durch die Ergebnisse eingehender geologischer Untersuchungen ergänzt worden.

gegangen, daß Kahn im Februar und März für etwa 340 000 Mark Effekten in Berlin veräußert hat, die er in Basel vorher zusammenkauft.

Kommerzienrat Göh legt Berufung ein.

Birmans, 18. April. Der im Fahrprozeß zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte Kommerzienrat Göh hat gegen das Urteil des erweiterten Schöffengerichts in Birmans Berufung eingelegt.

Aus Versehen die eigene Frau erschossen.

U. Saarbrücken, 18. April. Durch einen verhängnisvollen Irrtum ist Montag morgen gegen 4 Uhr die Frau des Kolonialwarenhändlers Adermann aus Quierschied ums Leben gekommen.

Grenzkorrektur am Oberrhein?

Waldbach, 18. April. Schweizerische Blätter des Kantons Aargau werfen gegenwärtig die Frage einer Ueberprüfung der Landesgrenze mit Baden auf, und zwar entlang des Oberrheintroms. Der „Talweg des Rheins“, der als Grenze dient, stimmt vielfach nicht mit der Strommitte überein.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

- Landes-Theater: Wenn der junge Wein blüht, 20-22 Uhr.
Königliche Hofoper: Uralaldu, 20.30 Uhr.
Theater: Die Waise, 20 Uhr.

Uraufführung im Stadttheater Basel.

„Menschen ohne Gott“ von Hans Mäxlein.

Das Stück spielt in Russland und behandelt die von den kommunistischen Machthabern betriebene Propaganda und die sich hieraus ergebenden Folgen und Probleme.

So ist also der Kommunismus als etwas Vorläufiges dargestellt, als eine Bewegung und Idee, die erst noch ihrer zeitlichen Ausgestaltung harret.

Während meines dortigen Aufenthalts wurden mir vom derzeitigen Direktor, Professor Litten, im ganzen 43 Beobachtungs-nächte am großen Refraktor für meine visuellen Beobachtungsreihen

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 18. April. (Frankfurt.) Antilide Produktionsnotierungen...

Eiermarkt.

Berlin, 18. April. Gente notierten in Reichsmark je Stück ab...

Schlachtvieh- und Nutzviehmärkte.

Karlsruhe, 18. April. (Frankfurt.) Viehmarkt. Es waren angeführt...

Auslandsmärkte.

Liverpool, 18. April. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse...

Mannheim, 18. April. (Frankfurt.) Viehmarkt. Es waren angeführt...

Metalle.

Berlin, 19. April. (Frankfurt.) Metallnotierungen für je 100 kg...

Auslandsmärkte.

Liverpool, 18. April. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse...

Chicago, 18. April. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse...

Hochkonjunktur am Saatensmarkt.

Trotz des frühen Wetters beruht am Saatensmarkt ein harter...

TEMPO! TEMPO! NUR 5 TAGE 22. 26. April. wird Europas größter Circus diesmal in Karlsruhe...

Wer hat gute Ziehharmonika... Nähmaschinen... Kohlenherde...

Trefzger MÖBEL Sonder-Veranstaltung Wir bieten Außergewöhnliches und gewähren ganz besondere Preisvergünstigungen...

Deutsche Trinkeier mit dem Adlerstempel 10 Stk. 10 Stk. schwer 10 Stk. extra schwer 65 75 85...

Badisches Landestheater Dienstag, 19. April. Wenn der junge Wein blüht...

Karlsruher Hausfrauenbund Mittwoch, den 20. April, nachmittags um 3 Uhr...

Rali Buster Keaton spricht deutsch in Casanova wieder Wien...

Kapitalien Teilhaber gesucht f. Wasserwerk...

Groß weißes Bett zu verkaufen...

Wb. Kinderwagen billig zu verkaufen...

Damenrad gut erhalten...

Tiermarkt 2 Ponypferde zu vt. Ankauf...

ROLAND Nachmittags 4 Uhr Tanz-Tee mit Cabaret-Einlagen...

Roederer das Abend-Lokal von Karlsruhe Diele, Bar Tanz...

Kinderbett m. Patentst. u. Matr. zu verkaufen...

DKW-Motorräder zu verkaufen...

Damenrad gut erhalten...

Herren-Fahrrad gebraucht...

Kaufe Galonhund Ankauf...

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus Heute und morgen je 8.30 Uhr letztmals: Urwald-Symphonie...

Küche pflichtgemäß gerichtet...

SCHAUBURG Ab heute in Neu-Aufführung: Bomben auf Monte Carlo...

Gloria Sie müssen Weiß Ferdi den berühmten Star vom Münchner Platz!

Resi Wollen Sie lachen? Einige vergnigte Stunden erleben?

Nur noch einige Tage! Die Sensation von Karlsruhe: Franz Lehars Tonfilm-Operette...

UNION-Theater Anfang: 3. 5. 7 u. 8.45 Uhr.